

# Langer Marsch

von Junhua Zhang

Zhengfu Shangwang (Government Online) heißt das chinesische e-Government-Projekt. Während die Befürworter nach Transparenz, Berechenbarkeit und Effizienz der Regierungsarbeit streben, sträuben sich viele „Apparatschicks“ dagegen.

Die Volksrepublik China zählt zu den wenigen Transformationsländern, die bewusst und massiv die Kommunikations- und Informationsindustrie fördern. Die Erfolge dieser Bemühungen lässt sich allein an den folgenden Zahlen ablesen: Bis Ende 2000 waren bereits 229 Millionen Haushalte telefonisch vernetzt. Davon sind 144 Millionen Haushalte an das Festnetz angeschlossen, während 8,5 Millionen Haushalte ein Mobiltelefon besaßen. China hat eine durchschnittliche Telefondichte von 20,1 Prozent der gesamten Haushalte (in Städten inzwischen bereits 39 Prozent). Vom Gesamtvolumen gesehen steht China sowohl im Bereich



China: Noch hat die Mauer mehr als nur symbolische Bedeutung.

des Festnetzes wie auch bei der Mobiltelefonie weltweit bereits

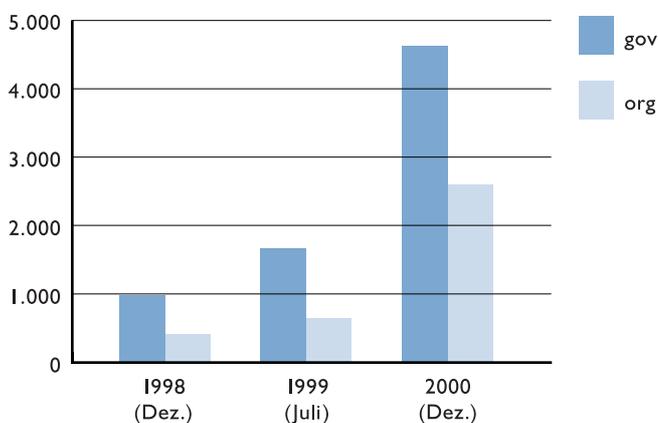
an erster Stelle.

Hinzu kommt, dass die Informations- und Telekommunikationsindustrie in den letzten fünf Jahren ihr Wachstum gesteigert hat. Die Produktion von IT und Telekommunikation im gesamten Bruttosozial-

produkt ist von 0,8 Prozent im Jahr 1995 auf 1,5 Prozent im Jahr 2000 angestiegen.

Der chinesische Modernisierungsversuch zeigt sich nicht nur in der raschen Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur und Computertechnologie, er zeigt sich vielmehr auch in drei weiteren großen Projekten. Diese sind der Aufbau eines e-Governments, die Vernetzung der Betriebe und die Digitalisierung der Haushalte. Im Jahre 1998 wurde ein Projekt namens „Government Online“ (zhengfu shangwang) gestartet, das als ein entscheidender Schritt zum e-Government angesehen wurde.

## Chinesische gov- und org-Domains



(Quelle: CNNIC Report 1998-2001)

Dieses Projekt wurde von der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel und von China Telekom initiiert und von der Zentralregierung unterstützt. Um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, wurde das Jahr 1999 zum Jahr des „Government Online“ gemacht. Folgende konkrete Ziele eines chinesischen e-Government wurden bei der Verkündung dieses Projektes festgelegt:

- Bis Ende 1998 sollten 30 Prozent der Ministerien und Provinzregierungen ans Netz angeschlossen sein.
- Bis Ende 1999 sollten 60 Prozent der Behörden auf der Zentral- und Provinzebene digitalisiert werden.
- Bis Ende 2000 sollten 80 Prozent der Staatsorgane vernetzt sein, wobei ein guter Teil davon sich von staatlichen Subventionen bei der Verwaltung ihrer Homepages abkoppeln sollte.
- In den darauf folgenden Jahren sollten dann Behörden aller Ebenen einschließlich staatlicher

Institutionen im Ausland im Internet präsent sein.

- Dem Beispiel Singapur folgend sollte jeder Staatsbedienstete in naher Zukunft über eine e-Mail-Adresse verfügen.

Im Vergleich zu vielen westlichen Industriestaaten hat China im Aufbau eines e-Governments allein auf technischer Ebene zweierlei Hürden zu überwinden: Einmal die Computerisierung der Verwaltung und zum andern die Digitalisierung. Bis vor drei Jahren waren Computer in vielen Behörden noch nicht vorhanden. Von Vernetzung durch das Intranet oder Internet waren viele Institutionen meilenweit entfernt. Angesichts der Trägheit der chinesischen Bürokratie



Traditionen hemmen noch den Fortschritt.

und nicht zuletzt des noch relativ niedrigen Qualifikationsniveaus seitens der Staatsbediensteten stellt sich die Einführung eines e-Governments als besonders schwierig dar.

Jedoch scheint das „Government Online“ Projekt in einigen Bereichen durch-

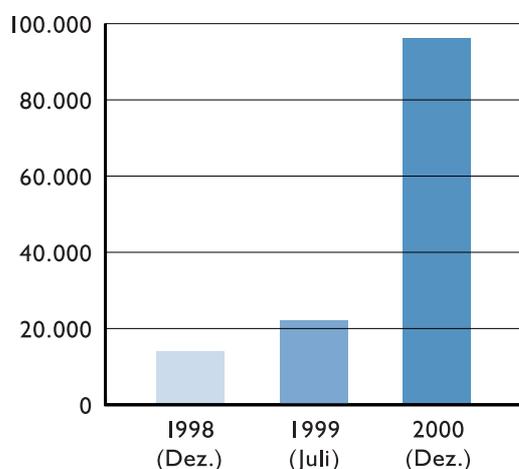
aus erfolgreich gewesen zu sein. Allein der Computermarkt in 1999 erlebte wegen des großen Bedarfs an PCs einen Anstieg von 16,2 Prozent im Vergleich zum vorigen Jahr. Auch der Zuwachs der „gov“-Domainnamen ist während des



Die Computernutzung in China steigt an.

Projektes und nach dem Projekt deutlich zu erkennen (siehe auch Grafik).

### Chinesische com-Domains



(Quelle: CNNIC Report 1998-2001)

Allerdings sollte man sich nicht über die vorhandenen Probleme täuschen. Die Schwierigkeiten beim Aufbau eines e-Governments in China sind auf drei Ebenen zu verdeutlichen. Auf der kognitiven

Ebene bestehen offenbar Unterschiede zwischen den allgemein anerkannten Kriterien eines e-Governments und dem chinesischen Verständnis. Nach dem in China herausgegebenen Weißbuch

des „Government Online Projektes“ werden zwar Transparenz, bürgernahe Interaktivität und Informationsservice als Grundmerkmale eines e-Governments genannt. Dennoch legt die Zentralregie-

rung beziehungsweise die Kommunistische Partei besonderen Wert auf eine gesteuerte Meinungsin-  
dustrie durch gezielte Informationsverbreitung. Charakteristisch dafür sind 12 offizielle Mega-Nachrichten-Portale, die größtenteils durch die Regierung finanziert werden. Alle anderen „Content Providers“ werden angewiesen, sich nach diesen Portalen zu richten.

Auf der Ebene der Infrastruktur hat China trotz rasanter Entwicklung noch großen Nachholbedarf. Die Tatsache, dass knapp zwei Prozent der chinesischen Bevölkerung Zugang zum Internet haben, besagt, dass auch ein gut gebautes e-Government nur eine sehr einge-



Nur zwei Prozent der chinesischen Bevölkerung haben Zugang zum Netz.

## Zhengfu Shangwang

Seit der Durchführung des „Government Online“-Projekts ist e-Government in China beachtlich vorangekommen.

In den Webseiten mancher Städte wurde eine Mailbox für den Bürgermeister errichtet. Dies soll den Bürgern ermöglichen, eine direkte Kommunikation mit Behörden herzustellen, was den Chinesen früher unbekannt war. Während der Plenarsitzung des Volkskongresses wurde ein spezieller Chatroom beziehungsweise eine e-Mail-Verbindung zwischen den Delegierten und den Bürgern hergestellt, so dass die brennenden Fragen (so lange sie nicht zu sensibel waren) auch in einem größeren Kreis öffentlich diskutiert werden konnten. In Shenzhen und Shanghai werden inzwischen die so genannten

„Rotkopf-Dokumente“ (vergleichbar mit vertraulichen Dokumenten, meist jedoch ohne vertraulichen Inhalt) online publiziert. In Guangzhou hat die Stadtregierung vor kurzem versucht, durch die Online-Veröffentlichung von Gesetzen und Bestimmungen eine marktorientierte Wirtschaftsordnung zu schaffen, auch wenn dies für chinesische Verhältnisse nicht immer einfach ist.

Durch die Errichtung des „Golden-Tax-Projektes“ – eines Intranets für die Verwaltung von Steuereinnahmen – sind inzwischen rund 60 Prozent der Steuerbehörden auf der Kreisebene vernetzt worden. 75 Prozent der Steuern werden nach offiziellen Angaben online eingetrieben. Die Effizienz bei der Steuereintreibung hat sich wesentlich erhöht: Der

Staat hatte im Jahre 2000 eine Steuereinnahme von 1266 Milliarden Yuan. Dies ist im Vergleich zu 1999 ein Zuwachs um 22,8 Prozent. 1998 wurde von der Beijinger Stadtregierung ein Pionierprojekt eingeleitet. Dort wird die Norm eines e-Governments standardisiert. Ferner kündigte Beijing vor zwei Monaten an, binnen fünf Jahren ein transparentes kommunikations- und serviceorientiertes e-Government für die Stadtbürger zu schaffen. Im April dieses Jahres wurde das erste Seminar für Beamte zum Thema „Online Public Procurement“ abgehalten. Der Hauptorganisator ist das Finanzministerium. Dort wurde das „Government Financial Management Information System“ (GFMIS) präsentiert und die technischen Methoden bei der Implementierung diskutiert.

schränkte Reichweite haben könnten. Die chinesische Regierung hat vor, binnen fünf Jahren die Zahl der Internetnutzer auf 15 Prozent der Gesamtbevölkerung erhöhen, was sicherlich eine beachtenswerte Leistung wäre. Dennoch wird China auch bis dahin von einer Informationsgesellschaft weit entfernt sein, wenn man bedenkt, dass heu-

te in den USA über 50 Prozent der Bevölkerung durch das Internet vernetzt sind.

Auf der institutionellen Ebene sind noch eine Menge von Hindernissen hinsichtlich eines e-Governments zu

beseitigen. Eine klare Informationspolitik ist unabdingbar, um das Monopol der Information durch die Behörden und Staatsbediensteten zu brechen. Es ist festzustellen, dass sich innerhalb der Regierung zwei unterschiedliche Kräfte gegenüber stehen. Während die „e-Government“-Befürworter nach Transparenz, Berechenbarkeit und Effizienz der Regierungsarbeit streben, sträuben sich viele „Apparatschicks“ energisch dagegen. Die Verzahnung zwischen Partei und Regierung, die Verschränkung zwischen Regierung und Unterneh-



Personenkult und Offenheit: China im Wandel?

men, und nicht zuletzt die hierarchisch-patriarchisch personenorientierte Machtstruktur sind in vielen Orten nach wie vor charakteristisch für das chinesische Verwaltungssystem. Ein funktionsfähiges „Online“-Government hängt somit davon ab, wie der Wandel des politischen Systems „offline“ durchgeführt wird.

*Dr. Junhua Zhang ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.*

## Web-Service

Die wichtigste Internet-Adresse zum e-Government in China (Chinesisch und Englisch) ist [govinfo.cei.gov.cn/index.shtml](http://govinfo.cei.gov.cn/index.shtml). Hier finden sich offizielle Informationen und Links zu den diversen staatlichen Stellen, den lokalen Provinzregierungen und ein knapp gehaltener Newsticker.

Chinesische Städte im Netz:

- Peking:  
[www.beijing.gov.cn/english/index.htm](http://www.beijing.gov.cn/english/index.htm)
- Shanghai:  
[www.shanghai.gov.cn/english/index.htm](http://www.shanghai.gov.cn/english/index.htm)
- Xian:  
[www.xian.gov.cn](http://www.xian.gov.cn)
- Guangzhou:  
[www.guangzhou.gov.cn](http://www.guangzhou.gov.cn)